

Vier Punkte für die Zukunft der EU:

1. Die EU braucht eine echte Regulierung der Finanzmärkt:

Seit Ausbruch der Krise 2008 wurden zwar Milliarden in die Bankenrettung gesteckt, eine Regulierung der ursächlichen Faktoren ist bis heute jedoch ausgeblieben. Ein Emblem für eine zukünftige Eindämmung der Risikogeschäfte ist hierbei die Finanztransaktionssteuer, zu der das Europäische Parlament längst zugestimmt hat, während einzelne Nationalregierungen hier weiterhin blockieren. Hinzu braucht es aber auch eine europäische Bankenaufsicht, da die Verflechtungen im Finanzsektor bereits ohnehin schon über die Ländergrenzen hinausgehen. Nur eine gemeinsame Aufsicht kann daher auch den Bankensektor der Europäischen Union erfolgreich im Blick behalten und die notwendigen Lösungen auf den Weg bringen.

2. Europa braucht wirkliche Solidarität:

Um die Finanzspekulanten ihrer Druckmittel zu berauben, braucht es handfeste Lösungen und wirkliche Solidarität in der Europäischen Union: Nur durch ein solch entschiedenes Vorgehen wird das Wetten gegen die Krisenländer nicht mehr lukrativ und die schadhafte Spekulation erfolgreich eingedämmt. Deutschland hat die Pflicht hier den schwächeren Staaten beizustehen, da auch wir derzeit mit den niedrigsten Schuldzinsenabzug unserer Geschichte von der Misere anderer Unionsstaaten profitieren. Einen weiteren Baustein für ein solides Fundament für Europa ist ein eigenständiger EU- Haushalt mit eigenen Einkünften, wie einer CO₂ - und Finanztransaktionssteuer. Denn nur so kann die EU eigene Wachstumsimpulse setzen ohne dabei die Länderhaushalte zusätzlich zu belasten.

3. Europa wird nur mit mehr Demokratie eine echte Union!

Die demokratische Legitimation in der EU muss auf eine breitere Basis gestellt und hierbei dauerhaft in den politischen Strukturen verankert werden. So sollte der Aufgabenbereich des Wirtschaftskommissars durch einen demokratisch legitimierten Haushaltskontrolleur abgedeckt werden, der in seinen Entscheidungen durch das Europäische Parlament kontrolliert oder gar abgesetzt werden kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt stellt auch die Koordinierung der unterschiedlichen Parlamente dar. Bisher werden die unterschiedlichen Volksvertretungen (das Europäische Parlament, der Bundestag, die Landtage) bezüglich der Entscheidungshoheit im politischen Mehrebenensystem gegeneinander ausgespielt. Hier muss ein stärker auf Konsens ausgerichteter Entscheidungsprozess etabliert werden, bei dem jedem Parlament die notwendigen politischen Ausgestaltungsmöglichkeiten im europäischen Rahmen eingeräumt werden. Auf diese Weise kann in der aktuellen Krise der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Probleme in den Krisenländern unterschiedlicher Natur sind und dementsprechend länderspezifische Lösungswege gefunden werden müssen. Von den Europa-Grünen geht daher der Vorschlag aus, die Unverhandelbarkeit der Konsolidierungsziele zwar beizubehalten, aber die Ausgestaltung des konkreten Wegs hierzu in die Verantwortung der zuständigen Parlamente zu übergeben. Hierdurch würden sich auch wieder politische Gestaltungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene ergeben, welche die demokratische Legitimation der getroffenen Entscheidungen untermauern. Die Wahl erhält dadurch wieder ein demokratisches Gewicht und bietet die notwendigen Spielräume um inhaltliche Akzente zu setzen: So stünde es beispielsweise wieder in der Entscheidungshoheit der Landesparlamente, wo die die Ausgaben eingeschränkt werden und ob man nicht erst einmal den Rüstungshaushalt kürzt, bevor der Bildungsbereich zusammengestrichen wird.

4. Eine echte Strukturreform braucht Wachstumsimpulse:

Um die Krise zu besiegen braucht es wirkliche Wachstumsimpulse, die die Strukturreform flankieren: Was Europa braucht, ist ein auf die Zukunft ausgerichteter „[Green New Deal](#)“. In Griechenland wurden im Zuge der Privatisierung des Energiesektors große Versorger an ausländische Investoren veräußert, die kein Interesse an wirklichen Ausgaben zu einem zukunftsgerichteten Umbau im Bereich der erneuerbaren Energien und den dafür notwendigen Netzstrukturen haben. Gerade die südlichen Krisenländer könnten hier von einem Ausbau der erneuerbaren überproportional stark profitieren, da sie ihre, vor allem auf Import ausgerichteten, Energiesektoren zu einer lokalen Wertschöpfungsquelle umgestalten könnten. Dies ist nur eine der vielen Ansätze des Green New Deals für eine dauerhafte Strukturbelebung, zeigt aber bereits, dass die lokale Wirtschaft hier unabhängiger von Importen aus dem Ausland werden - und somit massiv Kosten einsparen könne. Als wahrhafte Strukturmaßnahme würden jedoch nicht nur Ausgaben eingespart, die entsprechenden Regionen und Länder könnten durch die lokale Energieerzeugung selbst als Akteure auf dem Stromanbietermarkt auftreten und somit eine nachhaltige Einnahmequelle generieren.